

6. KAPITEL

DIE ENTSTEHUNG DER GIK (1927-33)

Die Zeit von 1927 bis zur Machtübernahme durch Hitler war eine Schlüsselperiode in der Geschichte des holländischen Linkskommunismus. Die Überreste der Essener Strömung lösten sich in Deutschland auf. Die KAI war nur noch ein Schatten ihrer selbst, so daß sich ihr Exekutivkomitee von 1927 an (1) in den Niederlanden niederließ. Aber die KAPN, die praktisch die einzige wirkliche Sektion der KAI war, starb auch langsam ab. Die Essener Tendenz, die sich nichtmal mehr auf die Unterstützung durch Gorter verlassen konnte, war nur eine kleine, dem Tod geweihte Gruppe in den Niederlanden.

Diese Zeit war wenig günstig für die Entwicklung des Linkskommunismus in den Reihen der Arbeiter. Nach der Niederlage der großen Streiks der Bergarbeiter in Großbritannien 1926, dann der chinesischen Arbeiterklasse 1927, war die revolutionäre Welle von Kämpfen der Zeit nach dem 1. Weltkrieg niedergeschlagen. Die Politik der Komintern war eine bewußte Politik der Niederlage, die sich dadurch widerspiegelte, daß alle revolutionären Bestrebungen der Arbeiter in allen Ländern ausgelöscht wurden. Die Bildung des englisch-russischen Komitees (2) während des britischen Bergarbeiterstreiks, das Bündnis der Komintern mit Kuo-Ming-Tang und Tschang-Kai-Tschek (3) waren alles Schritte in die Niederlage des Weltproletariats, die direkt zum Triumph Hitlers im Jahre 1933 führten. Die offizielle Verabschiedung des "Sozialismus in einem Lande" im Jahre 1927 durch die Komintern bedeutete ihr Todesurteil. Es gab keine Internationale der Arbeiterklasse mehr. Der Stalinismus hatte mit seiner Politik der Verteidigung der UdSSR gesiegt. Die stalinistische Politik in Deutschland war das Gnadensbrot für die internationale Arbeiterklasse. Nach der Niederschlagung des deutschen Proletariats durch die Nazis, die von der Politik der Komintern und der KPD begünstigt worden war, wurde die Straße zur Revolution für Jahrzehnte versperrt. Die Konterrevolution siegte weltweit und der Weg zum 2. Weltkrieg war offen.

Mit dem brutalen Ausbruch der Krise von 1929 war diese Periode jedoch eine deutliche Bestätigung der Theorie der Todeskrise des Kapitalismus, die von der deutsch-holländischen kommunistischen Strömung vertreten wurde. Die objektiven Bedingungen der proletarischen Revolution waren gegeben, die solange erwartete und seit langem angekündigte Krise war da. Aber die subjektiven Bedingungen der Revolution waren nicht gegeben. Dieser Widerspruch zwischen objektiven und subjektiven Bedingungen der Revolution wurde von den Gruppen außer Acht gelassen, die die Tradition der deutsch-holländischen kommunistischen Linken fortsetzten.

1. Der Bruch mit der KAPD

Aus diesen sowohl politischen wie auch umständehalber bedingten Gründen entfernte sich die GIK von 1927 an von der KAPD, bis sie schließlich mit ihr brach.

a) Die Entwicklung der KAPD nach 1923

Das politische revolutionäre "Milieu" links von der KPD war nach 1923 noch einigermaßen groß. Es umfaßte ungefähr 20.000 Mitglieder (4), die sowohl in den Unionen als auch in der KAPD und ihren verschiedenen Spaltungen organisiert waren. Die KAPD, der ungefähr 2.000 Mitglieder angehörten, blieb einigermaßen stabil. Sie war eine der wenigen revolutionären Gruppen gewesen, die sich 1923 der nationalistischen, ja gar antisemitischen Politik der KPD entgegengestellt hatte (5). Sie wandte sich heftig gegen die "Arbeiterregierungen", die sie als eine arbeiterfeindliche Regierung darstellte (6). Dann hatte sie auch die Bildung von proletarischen "Hundertschaften" der KPD verurteilt, die, solange es noch keine Arbeiterräte gab, ein putschistisches Verhalten darstellten (7).

Während der Zeit der "relativen Stabilisierung" des Kapitalismus nach 1923 (d.h. von 1924-28) betrieb die KAPD eine propagandistische Aktivität. Sie war davon überzeugt, während eine erste revolutionäre Welle in Deutschland gescheitert war, würde eine zweite infolge der Auswirkungen der unvermeidbaren Weltwirtschaftskrise das Land erschüttern. Dabei gab es jedoch einige grobe "Vereinfachungen". "Proletarier", das theoretische Organ der KAPD, schrieb im Januar 1926: "Während 1924 das Jahr der Stabilisierung, 1925 das Jahr des Zusammenbruchs war, wird 1926 das Jahr der Kämpfe" (8).

Das Jahr 1926 wurde zu einem Jahr intensiver Aktivitäten der KAPD in Richtung der Linken der KPD, die sich gegen die Bolschewisierung stellte. Die KAPD betrachtete die KPD keineswegs als eine "bürgerliche",

sondern als eine "zentristische" Partei (9), aus der infolge der Krise, in der die Komintern steckte, revolutionäre Elemente hervorgehen könnten. Wie die KAPD meinte, ging es nicht darum, eine Opposition innerhalb der KAPD zu bilden, sondern eine politische Bilanz zu ziehen, um einen revolutionären Weg einzuschlagen.

"Genau wie Don Quichote de Cervantes... bekämpft (die Opposition) die Auswirkungen, obwohl man da die Ursachen hätte aufzeigen müssen, die eine grundlegende Bedeutung für die Struktur und das Handlungsfeld der revolutionären Arbeiterbewegung haben... Anstatt offen der Partei den Fehdehandschuh hinzuwerfen, indem eine positive Kritik geäußert wird, tritt diese Linke für die Legalisierung ihrer Opposition ein... Die Linke in der KPD muß sich bald entscheiden, ob sie hinter dem Rad der Geschichte belaufen will indem sie meckert und Radau macht oder ob sie der Einheitsfront des Kapitalismus von Moskau bis Washington den Kampf des revolutionären Proletariats entgegenstellen will." (10)

Da sie einen "Zusammenschluß der Unzufriedenen", die ohne Prinzipien waren, nicht befürwortete, wartete die KPD den Austritt der Opposition aus der KAPD ab, die ausgeschlossen wurden, um danach eine Klärungsarbeit einzuleiten. Vom Monat 1926 an war eine Reihe von Gruppen, die oft politisch sehr heterogen waren, ausgeschlossen worden, nachdem sie sich zuvor innerhalb der KPD gebildet hatten:

- die Gruppe um Schwarz und Korsch, "Entschiedene Linke", die ungefähr 7.000 Mitglieder umfaßte,
- die Gruppe um Iwan Katz, der mit der Gruppe um Pfempfert eine Organisation von 6.000 Mitgliedern anführt; die der AAUE nahestanden und die Zeitung "Spartakus" veröffentlichten. Dies wurde später das Organ des Spartakusbund 2;
- die Gruppe um Ruth Fischer-Arkadij Maslow, die ca. 6.000 Mitglieder umfaßte,
- die Gruppe um Urbahns, die ca. 5.000 Mitglieder umfaßte, der zukünftige Leninbund. (11)

Die Opposition von Wedding, die 1927-28 ausgeschlossen wurde, sollte später mit einem Teil des Leninbunds, der von Urbahn gegründet worden war, die deutsche trotzkistische Opposition bilden.

Nur mit der Gruppe um Schwarz, der damals noch Abgeordneter war, und nachdem der Bruch mit Korsch vollzogen worden war, der "Kommunistische Politik", herausbrachte, wurde eine Arbeitsgemeinschaft zwischen der "Entschiedenene Linke" und der KAPD eingerichtet. Die KAPD beabsichtigte nicht, mit Korsch zusammenzuarbeiten, der eine gewerkschaftliche und parlamentarische Politik betrieb. Für die KAPD war die von Korsch vorgeschlagene Losung eines "neuen Zimmerwaldes" eine "inhaltslose Phrase" (12). Andererseits weil „Kommunistische Politik“ unfähig war, eine politische Bilanz der Komintern für die Zeit zwischen 1921-25 zu ziehen, die sie damals unterstützt hatte, konnte "Kommunistische Politik" keine wirklich kritische Haltung einnehmen:

"Wer die Taktik der 3. Internationale von 1921 bis 1925 als richtig einschätzt, kann die von 1926 nicht als falsch bewerten, denn 1926 war die Taktik der 3. Internationale nur die konsequente Fortsetzung der gesamten (politischen) Linie... Die 3. Internationale ist auf einem sumpfigen Boden entstanden, dem des Reformismus, zu einer Zeit als der Kapitalismus von einer Katastrophe in die andere versank; und als die Revolution auf die Tagesordnung trat. Sie hat ihr Haus auf Sand gebaut." (KAZ, Berlin, Nr. 77, 1926). (13)

Das Problem lag ganz anders bei der Gruppe um Katz, der sich mit der AAUE und einer kleinen unabhängigen Gewerkschaft zusammengeschlossen hatte (14), und einen ganz bunten Haufen darstellte. Die Hauptfrage war die Annahme einer zentralisierten revolutionären Organisation. Weil die Gruppe um Katz als "eine besondere Art des Anarchismus" angesehen wurde, verwarf die KAPD jede gemeinsame Arbeit mit ihr, solange die Frage der Partei nicht gelöst worden wäre.

"Der Kampf für die revolutionäre Taktik ist kein Kampf gegen die revolutionäre Partei, sondern im Gegensatz ein Kampf für die revolutionäre Partei als ein Führer der Klasse... Ihr steht vor der Frage mit oder gegen die KAPD (KAZ, Nr. 6, Aug. 1926: "Der Weg der KPD-Opposition") (15)

Nur die "Entschiedene Linke" um Schwarz reagierte gegenüber der KAPD, auch wenn sie dies zögernd tat. Eine intensive Kampagne wurde gemeinsam geführt, um den Waffenlieferungsskandal ("Granatenskandal") der russischen Regierung an die Reichswehr (16) zu entblößen. Die KAPD stützte sich auf die Rede von Schwarz im Parlament, um sowohl den Freundschaftsvertrag zwischen Rußland und Deutschland als auch den russischen Imperialismus bloßzustellen. Von Okt. und Nov. 1926 begann man eine immer engere Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen. Die "Entschiedene Linke", das Organ der Gruppe um Schwarz, wurde in der Druckerei selber der KAPD hergestellt. Bei allen Prinzipienfragen (Gewerkschaften, Parlamentarismus, russischer Staatskapitalismus, Anerkennung der Notwendigkeit der Partei), meinte die "Entschiedene Linke", daß sie sich im Dez. 1926 auf dem gleichen Boden befand wie die KAPD. Schließlich wurde auf einer Sitzung des Zentralkomitees der "Entschiedene Linke" vom 4.-6. Juni 1927 einstimmig der Zusammenschluß mit der KAPD vor dem Herbst des Jahres 1927 beschlossen. Gleichzeitig sollten die Mitglieder der "Entschiedene Linke" jede Art von Gewerkschaften verlassen und sich der AAUE anschließen. Aber der Bazillus des "antiparlamentarischen Parlamentarismus" war innerhalb der "Entschiedenene Linke" noch vorhanden. Es wurde eine schwergewichtige Ausnahme gemacht bei der Ablegung aller parlamentarischen Mandate: Schwarz sollte nämlich sein Reichstagsmandat behalten. Offiziell gab man dazu an, daß seine Reichstagsdiäten zur Finanzierung der Propaganda der

„Entschiedenen Linke“ dienen sollten. Dies stellte eine inkonsequente Haltung dar, während jede Beteiligung an den Wahlen endgültig verworfen wurde (17). Dies führte zu lebhaften Protesten innerhalb der „Entschiedenen linken“: die Minderheit der Führung, die sich auf die Mehrheit der Ortsgruppe Berlin stützte, forderte die sofortige Niederlegung des Mandates durch Schwarz. Auf diesem wenig günstigen Hintergrund fand schließlich die Fusion zwischen der KAPD und der „Entschiedenen linke“ statt. Nachdem man die Zeitung „Entschiedene Linke“ eingestellt hatte, traten ca. 2.000-3.000 Mitglieder der KAPD bei, die über weniger Mitglieder verfügte. Dies verlief jedoch nicht ohne, daß dadurch eine schwere innere Krise ausgelöst wurde.

Die KAPD hatte im „Falle Schwarz“ ein gewisses zweideutiges Verhalten gezeigt. Aus ihrer Sicht war die Niederlegung des parlamentarischen Mandates von Schwarz „keine Prinzipienfrage“, sondern eine „Geschmacksfrage“, wie es halt jemandem paßte. Man meint; die Partei könnte die Reichstagsdiäten von Schwarz durchaus nutzen.

„Die Partei kann, ohne in Widerspruch zu ihrer antiparlamentarischen Einstellung zu kommen, die Frage der Mandatsniederlegung vom Standpunkt der Zweckmäßigkeit stellen und lösen. Sie hat unter der gegebenen Situation zu prüfen, ob sie die Bewegung eine demonstrative Niederlegung oder eine finanzielle Ausnutzung des Mandats nützlicher wäre.“ („Eine Frage, die keine sein dürfte“, *Zur Information*, Nov. 1927, Internes Bulletin der KAPD, herausgegeben vom GHA). (18)

Deshalb betrachtete die KAPD Schwarz als einen aktiven Sympathisanten, der die Partei privat mit seinen Geldern initfinanzierte.

Dieses Bestehen auf den „Möglichkeiten“ schien auch als eine Konzession an den Opportunismus. Um so mehr, weil die politischen Gegner der KAPD meinten, die Partei gebe ihre antiparlamentarischen Positionen auf (19). Auch entwickelte sich vom Juli 1927 an eine starke Opposition innerhalb der KAPD, die die Politik der „kleinen Vorteile“ verwarf, welche sich hinter der „Neutralität“ versteckte, die von der Führung der Partei in der „Angelegenheit Schwarz“ praktiziert wurde. Daraus folgte eine Spaltung innerhalb der Partei – obgleich die KAPD keineswegs den Boden des Antiparlamentarismus aufgab. Die Opposition versuchte nicht in der Partei zu bleiben, um einen politischen Kampf zu führen. Sie verhielt sich sehr verantwortungslos, als ob sie die KAPD sabotieren wollte. Sie rief zu einem Boykott der Parteimitgliedsbeitragszahlungen auf und verhinderte die Verteilung der Zeitung KAZ (20). Schließlich spaltete sich die Berliner Opposition ab – die fast die Hälfte der Mitglieder umfaßte –, aber ohne die Unterstützung der Bezirke aus Weissenfels, Leipzig, Hamburg und Rheinland, die den Kampf innerhalb der KAPD fortsetzen wollten. Sie veröffentlichte ihre eigene Zeitung *Kommunistischer Arbeiter*, und zog einen Teil der AAU auf ihre Seite, die die Klassenfront veröffentlichte. Diese Lage dauerte von Oktober 1927 bis April 1928. Erst nach einer Reihe von Diskussionen war die Opposition davon überzeugt worden, daß sie sich wieder der KAPD anschließen sollte. Und viele Diskussionen waren erforderlich, um sie zu überzeugen, daß die Spaltung nicht gerechtfertigt war, weil es dahinter keine Prinzipienfrage gab, sondern da die Partei den Antiparlamentarismus nicht aufgegeben hatte.

Die Bilanz war sehr schwer. Die meisten alten Mitglieder der E.L. waren nicht wirklich in der KAPD integriert. Viele von ihnen hatten die KAPD schnell verlassen oder hatten mit der Opposition eine Splitteraktivität entfaltet. Anstatt die Partei verstärkt zu haben, hatte der Eintritt der 2.000 Mitgliedern der E.L. schließlich die Partei geschwächt. Das „Einschmelzen“ von örtlichen Sektionen aus der E.L. mit den der KAPD, war, de facto, ein Fehler (21). Der Bazillus der Spaltungen, der seit 1921 „kontrolliert“ war, hatte diese Partei nicht gespart, indem sie eine starke Audienz in der Linken Opposition der KPD seit 1925 noch fand.

Sicher hatte die KAPD den „Fall Schwarz“ gelöst. Dieser hatte sich von der KAPD und dem politischen Leben insgesamt entfernt. Er hatte sein abgelaufenes Mandat aufgegeben. Er mußte zugeben, daß er – berauscht durch seine neue Zuhörerschaft – gegenüber der Kritik abgestumpft worden und dem Opportunismus verfallen war.

Aber vor allem die Haltung der Opposition hatte nicht nur eine mangelnde marxistische Bildung gerade bei den Mitgliedern an den Tag gebracht, die „sich rein gefühlmäßig und von ihrem Enthusiasmus her hatten leiten lassen“, sondern es hatte auch gezeigt, daß es noch Überreste „antiautoritärer Ideologie“ gab, die gefährlich war für die Existenz selber der KAPD:

„Die Spaltungen und Bildungen von verschiedenen Richtungen und ihre Zersetzung sind der genügende Beweis dafür, daß auch unsere Partei in ihrer großen Mehrheit aus Mitgliedern bestand die sich nicht von klarer Erkenntnis, sondern von Gefühl und Begeisterung leiten ließen... Die Limitivität und der Mangel an marxistischer Erkenntnis mündete bei diesen Elementen Immer in einer „antiautoritären“ Antibonzenstimmung die letzten Endes zur Organisationsverneinung führte und führen muß, aus.“ („Einige Lehren“, *Bulletin des GHA*, Nov. 1927). (22)

b) Die GIK, Pannekoek und die KAPD

Die Krise der KAPD war tiefgreifend, und sie brachte auch sehr starke organisationsfeindliche Tendenzen in der linkskommunistischen Bewegung hervor. Sie war der Ausgangspunkt einer Krise zwischen der AAU

und der KAPD einerseits, und den Anhängern einer "beweglichen Politik" andererseits, die die Unionen zu einer Organisation der Wirtschaftskämpfe umwandeln wollte, und eine Politik der Partei verwarf und eine Klassenpolitik befürwortete. Andererseits wollte die KAPD ihre Aktivitäten als politische Organisation aufrechterhalten und sie gar verstärken, indem sie in der AAU die Führung behielt. Diese "starre" Politik stand im Gegensatz zu der "beweglichen" Taktik, die die KAPD von ihren Prinzipien abbringen würde und den Begriff der politischen Organisation abschwächen würde.

Die Krise der KAPD deckte die Entwicklung der GIK hin zu "rätekommunistischen" Positionen auf. Und dies verlief nicht ohne Schwankungen und Widersprüche innerhalb der GIK.

Die GIK beteiligte sich von Anfang an bei den Auseinandersetzungen und der Krise in der KAPD. Sie stellte sich entschlossen auf die Seite der Opposition. Canne-Meijer, der die Gruppe bei der Spaltung des Zentralkomitees der KAPD auf der Sitzung vom 29. und 30. Oktober 1927 vertrat (23), warnte zurecht vor der "Gefahr einer vollständigen Vernichtung der KAPD" durch den Opportunismus. Dieser sei bis "ins Zentrum der Partei" vorgedrungen. Auch sei – der GIK zufolge – die Möglichkeit einer Beteiligung der KAP an den Wahlen jetzt entstanden. Der Ruf der KAPD stand auf dem Spiel, und er konnte nicht für die Abgeordnetengelder Schwarz von 600 Mark monatlich eingehandelt werden. Sie meinten daß der Beitragsboykott seitens der Opposition – bis zu einem gewissen Grade – berechtigt sei. Sie riefen zur Vereinigung der Partei auf und warnten die Opposition davor, "nicht den schwerwiegenden Fehler zu begehen, die Partei in Stücke zu zerreißen". Aber die holländische Gruppe faßte die innere Krise der KAPD als ein Ergebnis der Politik der Führer auf, die von der Leitung der KAPD praktiziert werde.

Diese Kritik der "Führerpolitik" brachte die GIK schnell dazu, die politische Funktion der Partei, welche von der KAPD vertreten wurde, infrage zu stellen. In einem Brief vom Febr. 1928 (24), der an die KAPD gerichtet war, warf Canne-Meijer dieser vor, von "einer Klassenpolitik" zu einer "Parteipolitik" übergegangen zu sein. Er kritisierte nicht nur den Opportunismus der Politik der "kleinen Vorteile", sondern die Tatsache, daß die Partei "ihre Aktivität fast ausschließlich auf Streitigkeiten mit der KPD und ihren verschiedenen Ablegern" richtete. Der politische Kampf würde schließlich zu einer Spaltung der Partei führen: zwischen denjenigen, die "wissen", und denjenigen, "die die politische Linie von Unten her ausführen". Auch "sei der Mittelpunkt der Aktivität der Partei jetzt in die Betriebe hineinzuverlagern". Aber ebenso auch in der AAU, wo "Fabrikorganisationen" errichtet werden müßten. Wie die Antwort der KAPD auf diesen Brief zeigte (25), bedeutete dies eine Verkennung der Wirklichkeit, in der die Kämpfe der Partei "unvermeidbar" und "notwendig" sind. Auch würde dies bedeuten, die Waffe der Kritik "fallenzulassen", um "die Hürden bei der Entwicklung der revolutionären Ideologie beiseitezuschieben". Damit würde vor allem die politische Gleichgültigkeit der Arbeiter verstärkt werden, indem sie sich vom politischen Kampf zurückziehen würden. Schließlich stellte die Schaffung von Fabrikorganisationen nur einen reinen "Schlachtruf" dar, denn solche Organisationen könnten nur aus dem Kampf selber hervorgehen, "von den Arbeitern selber geschaffen werden". Mit Nachdruck verwarf die KAPD diese "politikfeindliche Auffassung", die die GIK als einen Teil der Unionsbewegung zum Ausdruck gebracht hatte. Dahinter stand die Infragestellung der Funktion der revolutionären Partei.

In einem Text, der in *Proletarier* zur gleichen Zeit veröffentlicht wurde (26) (K. Horner, "Prinzip und Taktik"), warf Pannekoek die Fragen deutlicher auf. Seine Auffassung hatte nichts mit einer Ideologie der "Führerfeindlichkeit" zu tun und unterschied sich insofern von der GIK. Es ging darum, die Aktivitäten der KAPD in dem gegenwärtigen historischen Kurs neu auszurichten.

In "Prinzip und Taktik" zeigte Pannekoek auf, daß die weltweite revolutionäre Welle in Europa beendet war. Die Niederlage war vor allem auf eine mangelnde Reife des Proletariats zurückzuführen.

"Der Niedergang der Revolution... Es zeigt sich sofort, wie wenig das Proletariat als Ganzes noch seiner historischen Aufgabe gewachsen war, und wie geschickt die Bourgeoisie diese Schwäche ausnutzte... Die Macht der Bourgeoisie besteht wesentlich in der Ohnmacht des Proletariats, in seiner Unwissenheit und Furchtsamkeit seinen illusionen, seinem Mangel an Klassenbewußtsein, Zielklarheit und Entschlossenheit." (*Proletarier*, "Prinzip und Taktik", Karl Horner, Juli 1927, Heft 7, S. 141-142).

Im Unterschied zur KAPD und der AAU faßte Pannekoek – und das Gleiche traf auf die GIK vor 1929 zu – die neue Periode als eine Periode der wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung auf, damit wäre die Möglichkeit einer "Todeskrise des Kapitalismus nicht mehr gegeben".

Zwei Jahre vor der Krise von 1929 meinte er, es würde keine Überproduktionskrise geben. Ihm zufolge verfüge der Kapitalismus noch über große Ausdehnungsmöglichkeiten: "Für den Kapitalismus ist es nicht absolut unmöglich, seine Produktion zu erweitern und damit eine extrem ungünstige Konjunktur zu überwinden." Im Gegenteil, der wirtschaftliche Aufschwung sei wie im 19. Jahrhundert dank der Entdeckung neuer Märkte noch möglich. Asien stelle wiederum ein neues Akkumulationsfeld für das Kapital dar, und weil es "einen neuen selbständigen Platz in der kapitalistischen Produktion auf Weltebene einnehmen würde". Das bedeutete, daß "der Kapitalismus noch weit davon entfernt ist, bevor er bis an seine letzte Grenze gelangt ist". Pannekoek meinte, die Krise und die Revolution würden erst in einer weit entfernten Zeit stattfinden:

“Das schwerste, eigentlich fast alles, liegt noch vor uns: wir stehen erst am Fuß des Beines. Noch ist nicht klar zu sehen, wie die künftige wirtschaftliche Entwicklung sein wird. Kommt es zu einer neuen Blüte, dann folgen darauf sicher um so gewaltigere Krisen. Und mit den Krisen kommt wieder die Revolution. Die alte Revolution ist abgeschlossen: vor uns liegt die Vorbereitung der neuen.“ (ebenda; S. 147).

Daraus zog er die Schlußfolgerung, daß die Funktion der KAPD und der AAU sich ändern mußte. Im Unterschied zur GIK verwarf Pannekoek noch nicht die politische Funktion der revolutionären Partei. Dies geschah erst langsam unter dem Einfluß der GIK Anfang der 30er Jahre. Pannekoek war 1927 noch seinen Positionen treu geblieben, die er 1920 in *Weltrevolution und kommunistische Taktik* zum Ausdruck gebracht hatte. Er erinnerte an die klassische Position der Kommunistischen Linken, daß “nicht die Partei die Revolution, sondern die Klasse als ein“ (*Proletarier*, August 1927) sie mache. Er erinnerte daran, daß die revolutionäre Partei als eine Vorhut des Proletariats notwendig sei, und daß sie – nur auf die Gefahr hin der Verwerfung ihres Wesens – weder anstelle der Arbeiterklasse handeln, noch in ihr aufgehen dürfe. Er bestand auf der unabdingbaren Rolle der Partei vor und während der Revolution, die hauptsächlich im politischen Bereich bestand:

“Alle Aktionen erfordern zuerst und fortwährend einen geistigen Kampf der Massen an Klarheit einen Kampf der als ein Ringen der Richtungen und Parteien miteinander geführt wird und dieser Kampf muß die kommunistische Partei für die Arbeiter und vor den Arbeitern führen. So ist die Partei in jeder Etappe der Vorbereitung und des Kampfes ein wichtiges Organ, gleichsam die Seele der Revolution.“ (ebenda; S. 179).

Damit wurde implizit die Position Canne-Meijers verworfen, der die “politikfeindliche Klassenpolitik“ der “Parteipolitik“ gegenüberstellte, womit man gegen die anderen Parteien, die innerhalb des Proletariats wirkten, Stellung beziehen wollte.

Die Phase des Wohlstands, die von einem Zeitraum der Reaktion – wie nach 1848 in Deutschland – gekennzeichnet war, und zu einem “Abstieg Verwirrung und Täuschungsmanövern“ in der Arbeiterbewegung führte, brachte unvermeidbar Änderungen der Taktik in der revolutionären Bewegung mit sich. In einem Zeitraum der Depression der Arbeiterbewegung wo die Massenaktionen nicht mehr auf der Tagesordnung stehen, sollte die KAPD eine kleine Partei bleiben, denn so wäre sie besser in der Lage, sich gegen das Umfeld zur Wehr zu setzen. Es käme darauf an, daß sie ihre “Qualität“ und die Gültigkeit ihrer “Prinzipien“ verteidigt und nicht ihr Aktivitätsfeld leichtfertig erweitert. Pannekoek warnte die KAPD vor einer Überschätzung der Erfolge: ihm zufolge mußte man die “bewegliche Taktik“ verwerfen, die nur die Zahlenschwäche der Partei ausgleichen sollte. Der Preis für die Überwindung der Isolierung sei für die KAPD mit dem Risiko des Opportunismus verbunden. Deshalb riet Pannekoek zu mehr Propaganda, weniger reißerischer Agitation, weniger Verbalaktivismus in der Presse der KAPD. Die Warnungen Pannekoeks waren noch deutlicher für die AAU, in der die Versuchung einer “beweglichen Taktik“ noch größer war. Die AAU solle aufpassen, daß sie sich nicht in eine Gewerkschaftsorganisation umzuwandele. *„Man würde dann einer Zentrale gegenüberstehen – und nichts anderem.“* Ihre Rolle bestünde nicht darin, die Kämpfe zu führen, sondern sie durch Klarheit zu unterstützen. Das bedeutete mit verdeckten Worten, daß die Existenz der Union in diesem Zeitraum der Reaktion überflüssig geworden war: *“Die AAU ist ähnlich wie die KAP wesentlich eine Organisation für die Revolution. In einer anderen Zeit in einer Periode des Niedergangs der Revolution, würde wohl nicht daran gedacht werden, eine solche Organisation zu gründen.“* (ebenda, S. 184).

Die Kritiken Pannekoeks gründeten sich zum Teil auf die Kritiken am Opportunismus. Sie unterstrichen implizit die Gefahr einer Doppelorganisation. Entweder sollte die KAP die Union auflösen, die nur ein glorreicher Überrest der Revolution war, oder die Union sollte sich in der Partei auflösen, und damit zu einer politisch-ökonomischen Zwitterorganisation werden. Auf keinen Fall gäbe es jedoch eine Existenzberechtigung für beide Organisationen, die die gleichen Prinzipienpositionen haben.

Die Schwäche des Textes von Pannekoek “Prinzip und Taktik“ lag in einem gewissen “Fatalismus“, der von der KAPD kritisiert wurde.

Damit neigte Karl Homer – Pseudonym A. Pannekoeks – dazu, die Revolution zu schnell zu begraben. Er verstand nicht, wie es die KAPD (27) unterstrich, daß die Krisen im Gegensatz zum letzten Jahrhundert keine zyklischen Krisen waren. Der Vergleich mit der Situation nach 1848 mußte verworfen werden. Im Zeitraum “der Todeskrisen des Kapitalismus“ verhindern die kurzen Zeiträume “relativer Stabilisierung“ keinesfalls den Ausbruch von Klassenbewegung in der Gestalt von wilden Streiks, in denen die Partei aktiv intervenieren muß. Die Vorbereitung der KAPD auf diese neuen Kämpfe, die aus der unmittelbar bevorstehenden Krise hervorgehen würden, waren vollkommen gerechtfertigt. “Der Kapitalismus in seiner monopolistischen Phase gleicht einem Pulverfaß“. Zwei Jahre später widerlegte die große Krise von 1929 die optimistischen Prognosen Pannekoeks über die neue “Blütephase des Kapitalismus“ und bestätigte die Positionen der KAPD. In der Wirtschaftskrise wurde die “bewegliche Taktik“ bestätigt, und die Union siegte somit über die Partei, wonach die KAPD zerfiel. Die GIK, der sich Pannekoek anschloß, nachdem er mittlerweile seine Meinung geändert hatte, bezog Stellung für die AAU, zu der sie sich innerhalb der internationalen Umgruppierung der Rätekommunisten zugehörig fühlte.

2. Die GIK und die internationale Umgruppierung der Rätekommunisten (1929-1932)

a) Die GIK und die deutsche rätekommunistische Bewegung. – Die Entstehung der KAU (Kommunistische Arbeiter Union)

Die 9. Nationale Konferenz der AAU beschloß 1929, jeden Kontakt mit der KAPD abzubrechen. Damit wollte man die Führung durch die KAPD beenden. Es war sehr aufschlußreich, daß die Konferenz beschloß, Adam Scharrer, den Hauptführer der KAPD, auszuschließen, weil er "spalterische Aktivitäten" verfolgte. Das bedeutete, daß ein Mitglied der KAPD nicht mehr Mitglied der AAU sein konnte. Damit trat eine Spaltung ein, die die deutsche revolutionäre Bewegung, aber auch die internationale Bewegung schwächte, denn in mehreren Ländern waren Gruppen der Doppelorganisation KAP – AAU miteinander verbunden.

Nach dieser Spaltung kann man von dem Entstehen der Rätekommunisten auf internationaler Ebene sprechen.

Die revolutionäre Bewegung die den Geist der Partei und den einzig wirklichen Pol der Umgruppierung der kommunistischen Strömung der internationalistischen linke dargestellt hatte, nämlich die KAPD, rückte in den Hintergrund. Ihre wenigen Hundert Mitglieder blieben in einer Organisation, die vom Rest des revolutionären politischen Milieus abgeschnitten war, welche durch die anti-autoritäre "bonzenfeindliche Ideologie" geprägt war.

Die Entwicklung der AAU vollzog sich auf sehr verwirrte und widersprüchliche Weise. Einerseits praktizierte die Union eine Taktik, die immer "beweglicher" wurde, und die soweit ging, daß sie zum ersten Mal einen Streik – genau wie eine Gewerkschaftsorganisation – anführte. 1929 stand die Union von Cuxhaven an der Spitze eines Seeleutestreiks. Die KAPD sah darin den Sieg einer "Politik der Kuppellei", die im *"Handel mit den Kapitalisten an einem grünen Tisch bestand in Erwartung, daß das Proletariat stark genug würde, um zum endgültigen Sturmloch anzutreten"* (28). Andererseits wollte die AAU eine politische Avantgarde im Klassenkampf bleiben. Diskussionen mit dem Überbleibsel der AAU-E wurden zu dieser Frage geführt. Eine Vereinigungskonferenz sollte im Dezember 1931 in Berlin stattfinden. Alle "ausländischen" rätekommunistischen Gruppen sollten sich an der schriftlichen Klärung beteiligen. Die GIK und Pannekoek an erster Stelle. Neben der Gruppe um Mattick, der noch bei den IWW – USA – Chicago arbeitete, war die GIK eine der wenigen Gruppe; die ernsthafte Beiträge zur inneren Debatte hinsichtlich des Programms der internationalen rätekommunistischen Bewegung lieferte. Der theoretische Hauptbeitrag der GIK war die gemeinsame Ausarbeitung der Arbeit Appels *Die Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung*. Diese wurden in Berlin 1931 von der AAU veröffentlicht. Dies war die erste Erstellung eines Textes, an dem die GIK in den 30er Jahren noch weiter arbeitete. Auch die Texte über die Funktion der revolutionären Organisation sollten eine Kritik am Programm der AAU darstellen.

Zurecht verwarf die GIK den Anspruch, der in dem Programmprojekt der AAU formuliert worden war, eine "Massenorganisation" zu werden. Die AAU konnte weder eine Gewerkschaft noch eine Partei sein. Sie müßte als eine "Gesamtheit, als ein revolutionärer Fabrikkerne" angesehen werden, dessen Hauptaufgabe die Propaganda für eine "Vereinigung von freien und gleichen Produzenten" (29) sein sollte. Auf keinen Fall sollten die "Fabrikkerne" als Konkurrenten für die Gewerkschaften auftreten; indem sie Forderungen stellten. Ihre Aufgabe bestand darin, beim Ausbruch von wilden Streiks zur Bildung einer einheitlichen Klassenfront beizutragen, die nicht berufsbezogen sei, sondern "unabhängig von jeder Partei oder Gewerkschaft". Nur im massiven Kampf könnten die "Betriebsorganisationen" entstehen; die eine wirkliche Klassenorganisation darstellen. Diese "Betriebsorganisationen" und nicht die "Fabrikkerne" waren die einzigen Organe, die zur "Führung des Kampfes" fähig waren. Im allgemeinen verschwanden sie wieder mit dem Abebben des Kampfes. Keinesfalls würden sie zu ständig bestehenden Organisationen werden können. Nur wenn die Revolution in greifbare Nähe rückt, würden sie ständig bestehen können. Nach dem Kampf aber blieben nur "Fabrikkerne" übrig die ein Ort der Propaganda für die Organisation der Klasse, dessen Keim sie sind, darstellen. Sie waren der aktivste und bewußteste Teil davon. Damit blieb die Union immer ein kleiner Kern.

Wenn der Klassenkampf "frei und unabhängig vom Einfluß einer Partei" bleiben sollte, dann führte dies logischerweise zur Verwerfung jeder politischen Organisation – auch einer Partei – zugunsten einer syndikalistisch-revolutionären Organisationsform wie der IWW. Aber die GIK meinte, dies träfe keineswegs zu. So verwarf die GIK energisch den Vorschlag von Mattick, daß die AAU in Europa ein Teil der IWW werden sollte (30). Sie verwarf dies, weil die IWW jede politische Aktion ablehnte. Die GIK stellte sich nicht nur gegen die Existenz einer politischen Organisation, sondern auch gegen die Massenparteien, welche die Klasse "anführen", denn dies stellte ein Festklammern an Ideen der vergangenen Periode dar. Es ist aufschlußreich, daß Pannekoek seine Position zur Frage der Partei innerhalb kurzer Zeit geändert hatte. Ihm zufolge müßte die Partei als Vorhut, die zur Führung der Klasse drängt, durch "Fabrikkerne" ersetzt werden; die die Rolle von Meinungsorganisationen (31) spielen sollten. Aus diesem Blickwinkel könnte man sie Partei nennen. Sie waren nur als ein Ausdruck des "geistigen Kampfes" innerhalb der Bewegung notwendig. Diese Theorie erschien – wie die KAPD es hervorhob (32) – als eine Verwerfung der Partei.

Dies war der Anfang eines Prozesses, der die GIK und Pannekoek zur Verwerfung einer Partei, selbst einer

revolutionären Partei, führen sollte. Tatsächlich vollzog die GIK eine radikale Trennung zwischen den beiden Hauptfunktionen einer revolutionären Partei – dem theoretischen Kampf (Klärung) und der Intervention im Klassenkampf. Die AAU war eine Interventionsorganisation, und die Parteien, "Zirkel des Nachdenkens, des Überlegens", die gleichzeitig bestanden. Als eine Einheitsklassenorganisation sollte die AAU die Bildung von politischen Fraktionen in ihren Reihen (33) verbieten; und es ihren Mitgliedern ermöglichen, sich außerhalb in Parteien zu organisieren (34). Dies war zumindest die Meinung einer Mehrheit der GIK, die die Existenz einer "Doppelorganisation" als notwendig erachtete, wobei sie gleichzeitig die Auffassung der AAU-E, welche jede Partei verwarf, ablehnte. Aber die beiden Organisationen sollten streng getrennt werden, und keinesfalls sollte die AAU politisch von einer Partei beherrscht werden. Dies war die Meinung des Restes der AAU.

Auf dieser Grundlage fand die Vereinigung der AAU und der AAU-E während der Vereinigungskonferenz vom 24.-27. Dez. 1931 in Berlin statt. Die neue Organisation – die KAU (Kommunistische Arbeiter Union) faßte die 343 Mitglieder der AAU und die 57 Mitglieder der AAU-E (35) zusammen. Sie begriff sich wie die KAPD als eine Avantgarde, als eine proletarische Elite. (36)

Es handelte sich aber um eine Partei, die sich nicht als solche beim Namen nennen wollte. Ihre Gründung spiegelte keine Einheit, sondern einen Spaltungsprozeß innerhalb der deutschen revolutionären Bewegung wider.

b) Die Internationale Umgruppierung der Rätekommunisten

Nach der Konferenz vom Dez. 1936 bildete die GIK eine Föderation von sehr locker miteinander verbundenen nationalen Gruppen, deren theoretische Führungsrolle sie übernommen hatten. Sie gaben die Veröffentlichung ihres "Pressematerials" (PIK) zugunsten einer Unionszeitschrift auf: "INO" – Presse-Korrespondenz. Diese wurde vom internationalen Informationsbüro der KAU mit Sitz in Frankfurt (37) veröffentlicht, dessen Aufgabe darin bestand, die rätekommunistischen Gruppen der ganzen Welt zu informieren und zusammenzubringen.

All diesen Gruppen war eine Besonderheit zu eigen, daß sie sich von der KAPD losgelöst hatten, deren Auffassung von der Partei sie nicht teilte; um sich um die deutsche KAU und die holländische GIK zusammen zu scharen:

– Die KAPD Dänemarks, die seit Mitte der 20er Jahre bestand, hatte sich in die Gruppe Internationaler Kommunisten (38) 1930 umgewandelt. Sie hatte zunächst die Zeitung "Gegen den Strom" (*Mod Strømen*) herausgegeben und dann vom Okt. 1931 an die Monatszeitschrift "Marxistische Arbeiterpolitik" (*Marxistisk Arbejder Politik*). Die Gruppe bestand aus 12 Mitgliedern (39) und hatte Kontakt zu Oppositionellen der dänischen KP. Ihre Orientierung war deutlich rätekommunistisch, da sie jede Partei verwarfen.

Ihre Aufrufe zum "Generalstreik und zur direkten Aktion" brachten Ähnlichkeiten mit der anarchistischen Strömung zutage, die sehr weit entfernt waren von den Rätekommunisten.

– Die Linkskommunisten Ungarns, (M.B.K.S.Z.) lebten unter sehr schwierigen Bedingungen. Als illegale Gruppe wehrten sie sich gegen die Verfolgungen der Polizei, der faschistischen Gruppen und der Organisationen der KP und SP (40). Ihre Propagandaarbeit erreichte nur kleine Teile der KP und der SP. Innerhalb der rätekommunistischen Bewegung war es die MBKSZ, die am meisten auf einer dringenden Umgruppierung der bestehenden Kräfte auf internationaler Ebene bestand.

– Die Gruppe der Unionsanhänger aus Chicago hatte sich innerhalb der IWW um Paul Mattick zusammengeschlossen. Es handelte sich hauptsächlich um deutsche Auswanderer im Linkskommunistischen amerikanischen Milieu. Mattick hatte versucht, eine Fraktion der KAP innerhalb der IWW zu bilden. Eine andere kommunistische Rätefraktion hatte sich innerhalb der kleinen Partei "Proletarian Party of America", die die 3. amerikanische Kommunistische Partei war, welche 1919 gegründet worden war. Aus dieser „Partei“ ging Anfang der 30er Jahre die United Workers' Party hervor, die *Council Correspondence* (Rätekorrespondenz) veröffentlichen sollte. Mattick, der Redakteur der *Chicagoer Arbeiter-Zeitung* war, beteiligte sich aktiv an der Bewegung der Arbeitslosen. Die Gruppe um Mattick verwarf keineswegs die Notwendigkeit einer revolutionären Partei. Sie bestand als einzige auf der Einheit zwischen KAP und KAU (41).

– In Frankreich waren die Gruppen *L'Ouvrier communiste* ("Kommunistischer Arbeiter") und "Spartacus", die zum einen aus italienischen und deutschen Arbeitern zusammengesetzt waren, Ende des Jahres 1931 zerfallen (42). Ihr Verschwinden führte gleichzeitig und für längere Zeit auch zur Auflösung der Räte-Kommunisten in Frankreich. Damit war die Unmöglichkeit der Bindungen zwischen der deutsch-holländischen und italienischen Kommunistischen Linke deutlich geworden. (43)

Abgesehen von diesen Gruppen kann man kaum von einem wirklichen Einfluß der Rätekommunisten sprechen. Die Spaltung zwischen der KAPD und der AAU hatte bewirkt, daß bestimmte nationale Gruppen sich ausschließlich an die KAPD banden. Während die KAP sich in Österreich (44) auf eine kleine aktive Gruppe in Wien stützen konnte, war sie vor allem in der Tschechoslowakei bei den deutschsprachigen Arbeitern bekannt. In dem industriellen Teil Nord-Böhmens hatte sich eine starke Opposition innerhalb der

tschechischen KP entwickelt Ende 1928, Anfang 1929 wurde eine Gruppe gegründet, die den Kampf der KAPD gegen den Opportunismus der Komintern seit dem 3. Kongreß unterstützte. In dem Industriegebiet um Gablonz veröffentlichte die tschechische Propaganda-Gruppe der KAI den *Kampfruf*, der sich an die Unionsbewegung Böhmens richtete. Später veröffentlichten sie die Zeitung *Spartakus* von 1929-1931. Sie übten einen starken Einfluß in der Arbeitslosenbewegung aus. Ihre gewerkschaftsfeindliche Propaganda stieß umso mehr auf Gehör, da die tschechischen Arbeiter gezwungen waren, den Gewerkschaften beizutreten, um ihr Arbeitslosengeld zu beziehen. Im Jan. 1932 waren 5 Delegierte der KAP von den Aktionskomitees und den Arbeitslosenversammlungen für eine Regionalkonferenz der Arbeitslosen gewählt worden (45). Da sie den Angriffen der Polizei ausgesetzt war, arbeitete die KAP seit 1931 praktisch illegal.

Sich der Notwendigkeit einer geheimen Arbeit in Anbetracht des Anstiegs des Einflusses der Nazis im Südetenteil wie auch im Rest der Tschechoslowakei bewußt, schlossen sie sich der deutschen Gruppe Rote Kämpfer um Schwab und Schröder an. Diese Gruppe war 1932 in den Untergrund gegangen, um die "Kader" für den illegalen Kampf vorzubereiten.

Die Zersplitterung all dieser Gruppen, deren Gesamtheit auch keine politische Homogenität darstellte, ermöglichte jedoch keine wirkliche internationale Umgruppierung. Der Vorschlag der ungarischen Linkskommunisten aus dem Jahre 1932, dringend eine internationale Konferenz der rätekommunistischen Gruppen abzuhalten, der von der KAP unterstützt wurde, konnte jedoch nicht verwirklicht werden. Die Diktatur der Nazis verhinderte dieses Projekt. Damit fiel 1935 der GIK die Aufgabe zu, dieses Projekt umzusetzen. Es blieb der einzige Versuch der Rätekommunisten sich zusammen-zuschließen.

c) *Der Versuch einer Umgruppierung der Rätekommunisten in den Niederlanden (1932-33)*

Die Umgruppierung der Rätekommunisten in Deutschland hatte eine dynamisierende Wirkung in den Niederlanden. Verschiedenen Gruppen gingen an, mit der GIK bei den Interventionen die Tragweite der ganzen Periode herauszuarbeiten. Aber es war weniger das Ansteigen des Gewichtes der Nazis, als vielmehr die Opposition gegenüber der Politik der Komintern, die als Katalysator für diese Umgruppierung wirkte. Die Komintern hatte beschlossen, einen "Antikriegskongreß" im September 1932 in Amsterdam abzuhalten. Offiziell war die Idee zu diesem pazifistischen Kongreß von Schriftstellern wie Barbusse, Romain Rolland, Gorki und Dos Passos aufgeworfen worden. Dieser Kongreß stellte einen Wendepunkt der Komintern dar. Ihr kam es darauf an, eine pazifistische und antifaschistische Ideologie zur "Verteidigung der Sowjetunion" innerhalb der Arbeiterbewegung zu errichten. Mit dem an die "Demokraten" gerichteten Appell kündigte dies die Politik der "Volksfronten" an.

Die Rätekommunisten Deutschlands, Frankreichs, der Niederlande, Ungarns und Dänemarks (46) verteilten auf diesem Kongreß und in den Fabriken ihrer jeweiligen Länder einen "Aufruf an das internationale Proletariat" (47). Unter dem Motto "Arbeiter erinnert Euch!" entblößte der Aufruf die Außenpolitik, die der russische Staat und die Komintern seit 1920 betrieben hatten, die nämlich eine "Politik des militärischen Bündnisses mit den imperialistischen Staaten" war, und "nichts mehr mit dem revolutionären Kampf des russischen Proletariats von 1917" zu tun hatte. Die Internationalistischen Rätekommunisten unterschieden mehrere Etappen bei der Aufgabe des Internationalismus durch die Komintern:

- 1920: der russisch-polnische Krieg, bei dem es nicht um die "Weltrevolution", sondern um die Unterstützung Rußlands ging, das mit dem neuen deutschen Imperialismus verbunden war,
- 1922: die Erklärung Bukharins auf dem 4. Kongreß der Komintern zugunsten einer nationalen Verteidigung und eines Militärbündnisses mit den bürgerlichen Staaten (48),
- 1923: Ausarbeitung der Theorie des "ausgebeuteten deutschen Vaterlandes" und Lieferung von Granaten an den russischen Staat durch die Reichswehr, Theorie der "nationalen Befreiung", gegen den Versailler Vertrag, der zu einem Bündnis mit den Faschisten in Deutschland geführt hatte,
- 1927: während des Konfliktes zwischen Polen und Litauen hatte die Komintern die litauischen Arbeiter dazu aufgerufen, die "Unabhängigkeit ihres Vaterlandes zu verteidigen" (49).

Der gegen die Politik der 3. Internationale gerichtete Aufruf verwarf auch die Politik Trotzki's. Dieser verbreitete die Illusion, daß "das rote Lager noch ein Faktor der Weltrevolution" sei. Aber auf keinen Fall würde Rußland dem "durch den Faschismus bedrohten Proletariat zu Hilfe eilen". Die Arbeiter sollten weder für den Krieg, noch für die Verteidigung der UdSSR kämpfen, sondern für die proletarische Revolution gegen ihre eigene Bourgeoisie durch die revolutionären Massenaktionen und die Sabotage der Kriegsproduktion. Der Weg zur Weltrevolution mit der Errichtung von Arbeiterräten war das einzige Mittel zur Verhinderung des Weltkrieges.

Dieser gemeinsame Appell der internationalistischen Rätekommunisten war einer der wenigen Aufrufe, der gleichzeitig in mehreren Ländern verteilt wurde. Er stellte im gleichen Jahr einen der wenigen Versuche der Umgruppierung der rätekommunistischen Strömung innerhalb der Niederlande dar. Der Aufruf war von der GIK und der LAO unterzeichnet worden, dem sich andere holländische Gruppen angeschlossen hatten.

Am 12. und 13. Nov. 1932 fand in Den Haag (50) eine gemeinsame Konferenz (die erste und letzte) der

Rätekommunisten der Niederlande statt. Mehrere Gruppen nahmen daran teil, um über den Klassenkampf und die Intervention in den Wirtschaftskämpfen zu sprechen:

– die Reste der KAPN; diese waren zutiefst über die Beteiligung an den Lohnkämpfen gespalten. Die Mehrheit um Korper und Frits Kief ging davon aus, daß die Wirtschaftskämpfe die Arbeiter von einer Niederlage in die andere trieben. Die Minderheit in Den Haag (51) bestand auch wie die GIK darauf, daß *„jeder Lohnkampf aufgrund der kapitalistischen Krise den Keim einer revolutionären Bewegung in sich trägt“* (52). Sie löste sich Anfang 1933 von der sterbenden KAPN, um ihr eigenes Organ *De Radencommunist* zu veröffentlichen. Dies war das Sprachrohr der Rätekommunisten aus Den Haag.

– die Linksche Arbeiters Opposition (LAO) *„Linke Arbeiteropposition“* hatte im Juli 1932 die Zeitung *Spartacus* (53) veröffentlicht. Sie war in Rotterdam und Leiden aktiv.

Mit einer sehr *„ouvrieristische“* Einstellung verteidigte die LAO implizit die Theorie der *„Minderheitengewalt“*. Ihr kam es darauf an, *„Klassenkonflikte hervorzurufen“*. Diese *„rätistische“* Organisation wurde durch die Persönlichkeit Eduard Sirachs geprägt. 1919 war er einer der Führer des Aufstands gewesen, der auf dem Kreuzer *„Regentes“* und *„Zeven Provinciën“* ausgebrochen war. Deswegen war er zu einer schweren Zuchthausstrafe verurteilt worden.

Nachdem er sich nachher in Rotterdam ohne eine feste Arbeit niedergelassen hatte, war er der KP – für die er als Kandidat bei den Wahlen aufgetreten war – und der NAS beigetreten. In Leiden hatte die LAO enge Beziehungen zu Van der Lubbe aufgenommen, der sich an deren Aktivitäten beteiligte. Offensichtlich durch die Theorie der Minderheitengewalt verführt, steckte dieser Monate später den Reichstag in Brand. Die Frage von *„exemplarischen Handlungen“* rief eine lebhaftige Debatte in der rätekommunistischen Bewegung hervor.

Andere Gruppen oder Unorganisierte waren anwesend. Neben der Gruppe Rätekommunisten aus Utrecht gab es eine anarchistische Organisation: der *„Bond van Anarchisten-Socialisten“* (BAS). Diese Zersplitterung war typisch für eine Bewegung, die gegenüber jeder Idee der Zentralisierung allergisch und damit vollkommen lokalistisch war.

Auch war das Vorhandensein einer anarchistischen Gruppe wie die BAS in ihren Reihen sehr typisch. Es bewies, daß die Abgrenzung zwischen Rätekommunisten und Anarchisten nicht deutlich gezogen wurde. Die klare Abgrenzung, die die GIK hergestellt hatte, war bei ihnen nicht vorhanden.

Trotzdem hatte diese Konferenz kurzfristig, aber nicht langfristig positive Resultate. Sie ermöglichte es, Auswahlkriterien in der rätekommunistischen Bewegung aufzustellen: die Beteiligung an den Wirtschaftskämpfen war das Hauptkriterium. Aufgrund dieses Kriteriums löste sich die Mehrheit der KAPN von dieser Bewegung, um 1933 schließlich ihre eigene Zeitung herauszubringen *De Arbeidersraad* (Der Arbeiterrat), an der der deutsche Künstler Gerd Arnzt teilnahm. Obgleich sie Anhänger der Notwendigkeit einer Partei waren, entwickelte sich diese Gruppe allmählich hin zu einer Gruppe mit trotzkistischen und gar antifaschistischen Positionen. Das zweite positive Ergebnis dieser Konferenz war die Veröffentlichung von Texten in verschiedenen Zeitungen, die aus der gesamten Bewegung hervorgingen, sowie die gemeinsame Veröffentlichung von Broschüren (54). Schließlich schien die Wahl einer gemeinsamen Kommission der Gruppen ein ernsthaftes Interesse an einer zukünftigen Umgruppierung anzudeuten.

Dieser einzige Versuch der Umgruppierung der Gruppen mit rätekommunistischer Orientierung sollte aber bald scheitern. Nachdem sich der konterrevolutionäre Kurs nach der Machtübernahme Hitlers 1933 durchgesetzt hatte, verschärften sich die zentrifugalen Tendenzen innerhalb der holländischen Bewegung wie übrigens auch in der gesamten internationalen rätistischen Bewegung.

3. Die Machtübernahme durch Hitler und ihre Folgen

a) Die GIK und die Lage in Deutschland

Weil sie sich fast ausschließlich mit der Unionsbewegung in Deutschland befaßte, kümmerte die GIK sich kaum um den Aufstieg der Nazis, der ein unleugbares Zeichen der vorwärtsschreitenden Konterrevolution war. Fragen der Organisation der Unionen, der Wirtschaftskrise, und noch mehr in die Theorie versinkend, die des Bauerntums und der Übergangsperiode waren für sie wichtiger (siehe weiter unten). Diese Schwäche gegenüber einem so dringenden politischen Problem wie dem Aufstieg der Konterrevolution ist das Ergebnis einer mangelnden wirklichen Einschätzung der historischen Periode. Aus der Weltkrise – meinten sie – würden notwendigerweise Klassenbewegungen wie wilde Streiks hervorgehen, die direkt zur Revolution führen würden.

Als linkskommunistische Strömung war es die Auffassung der GIK, daß die Bewegung der Nazis ein Ausdruck der *„Offensive des Monopolkapitals gegen das Proletariat“* war, und dessen soziale Grundlagen das durch die Krise proletarisierte Kleinbürgertum war. Um gegen die Nazis zu kämpfen, bestand die einzige proletarische Taktik in der Verschärfung des massiven Klassenkampfes in der Form von massiven, gewerkschaftsfeindlichen spontanen Bewegungen. Jeder Versuch einer antifaschistischen Allianz mit den

Linksparteien führte zum Verrat der proletarischen Prinzipien. Um gegen die Nazis zu kämpfen, konnte das deutsche Proletariat nur auf seine eigenen Kräfte bauen, insbesondere auf das Wiedererstarken des internationalen Klassenkampfes in den Hauptzentren des Kapitalismus. Die GIK wie auch die deutschen revolutionären Gruppen wie KAU, KAPD, die Gruppe der Rätekommunisten in den USA und in anderen Ländern traten unnachgiebig für die Ablehnung einer gemeinsamen antifaschistischen Front ein (55). Sie hatten nicht vergessen, daß die Sozialdemokratie und die deutsche KPD bei der Niederschlagung des Proletariats mitgewirkt hatten. Die SPD physisch 1919 und die KPD ideologisch von 1923 an, als sie mit der Bewegung der Nazis auf nationalistischer Ebene mitzuhalten versuchte. Ende des Jahres 1932 unterstrich die KAPD, daß *“Hitler hat das Erbe von Noske übernommen hat, die Hitlerpartei das Erbe der Sozialdemokratie angetreten“* (56). Was die KAPD betrifft, habe sie die Demagogie zu einem Prinzip erkoren, und sie sei vom Meister der ideologischen Ablenkung war, daß *“ein groß Teil der KPD-Anhänger zu Hitler überlief“* (ebenda).

Erst gegen Ende des Jahres 1932 fing die GIK an, die Perspektiven der Arbeiterbewegung, die aus dem Ansteigen der faschistischen Welle abzuleiten waren, zu untersuchen. Die Nazi-Bewegung entsprach dem Bestreben des Großkapitals, *“die absolute Diktatur der besitzenden Klassen“* zu errichten (57), indem sie sich auf die Mittelschichten stützt. Diese Analyse der GIK war sehr oberflächlich und brachte einen Mangel an politischer Vertiefung zum Vorschein, der erst im Nachhinein, nämlich nach der Machtübernahme durch Hitler überwunden wurde. Hinsichtlich der Perspektive blieben die Holländer optimistisch. Während sie hervorhoben, daß der Faschismus auf Wirtschaftsebene *“keinen Ausweg anzubieten“* habe, glaubten sie, daß er zum *“gewalttätigsten Klassenkampf“* führen würde.

Die Machtübernahme durch Hitler trieb schließlich die GIK dazu, eine deutlichere politische Stellungnahme zu beziehen. Es ist aufschlußreich, daß Pannekoek sich äußerte, um die Politik der Rätekommunisten zu orientieren (58). Er versuchte die Ursachen und Konsequenzen der Niederlage des Proletariats in Deutschland zu analysieren, sowie die unmittelbaren und langfristigen Perspektiven für die Arbeiter und die Revolutionäre der ganzen Welt.

– Die Niederlage des deutschen Proletariats

Wie die italienischen Linkskommunisten es 1933 getan hatten (59), zeigte Pannekoek deutlich auf, daß der Endsieg Hitlers der Abschluß der sozialdemokratischen Konterrevolution war, die im November 1918 mit der Übernahme der Macht durch Ebert und Scheidemann begonnen hatte.

Wie eine Bewegung in der Astronomie habe die Konterrevolution einen Scheidepunkt erreicht. Hitler sei nicht an die Macht gekommen, um den Ausbruch der Revolution zu verhindern – eine These, die damals von den Stalinisten vertreten wurde (60) – sondern um die Konterrevolution abzuschließen, die 14 Jahre zuvor von der deutschen Sozialdemokratie begonnen worden war: *“Man kann auf keinen Fall die Kreisbewegung (Revolution) in Deutschland als konterrevolutionär bezeichnen, denn dies setzt voraus, daß es vorher eine Revolution gegeben habe. Die wirkliche Konterrevolution fing im Nov. 1918 in Berlin an, als Ebert und Scheidemann die Regierungsgeschäfte übernahmen“* (*“De Omwenteling in Duitland“*, – „Die Umwälzung in Deutschland“, PIC Nr. 9, April 1933).

Die Errichtung einer *“Gesellschaft der Gewalt“*, die Ersetzung des Parlamentarismus durch eine diktatorische Regierung, die *“Abschaffung der bürgerlichen Freiheiten für bestimmte Gruppen und der elementarsten Menschenrechte“*, die KZs, in die viele Mitglieder der SPD und KPD gesteckt wurden, die Verfolgung der Juden, all das waren Tatsachen, die bewiesen, daß die Konterrevolution ihre Arbeit abgeschlossen hatte. Die Weltwirtschaftskrise ermöglichte es dem Großkapital, seine Konterrevolution zu vollenden. Um *“seinen Angriff gegen das Proletariat durchzuführen“*, fand das deutsche Kapital willige Kräfte in der Nazi-Bewegung, deren Führer dem studentischen Kleinbürgertum angehörten und auch aus den Reihen der Offiziere der Armee kamen. Wirtschaftlich entsprachen die Nazis dem Versuch des deutschen Kapitals, eine *“gewisse Autarkie“* herzustellen.

Der andere Grund für die Niederlage des deutschen Proletariats lag vor allem auf ideologischer Ebene: seine Kämpfe waren auf die Ebene der Wahlen, der Sozialdemokratie abgelenkt und damit in Sackgassen gelenkt worden. Dies war eine der schlimmsten Niederlagen. Ein kampflöser Zusammenbruch der Kraft des Proletariats.

“Eine Niederlage als solche ist nicht so schwerwiegend. Die Arbeiterklasse wird noch oft Niederlagen hinnehmen müssen, wenn sie den Kampf mit einer unzureichenden Stärke gegen ein stärkeres Kapital führt; aber solche Niederlagen werden das Sprungbrett für zukünftige Siege sein. Aber hier handelt es sich um einen Zusammenbruch, nicht um einen Kampf weil die Arbeiter Sozialdemokraten gewählt hatten, anstatt zu lernen, auf revolutionäre Weise zu kämpfen.“

Die politische Schlußfolgerung Pannekoeks war deutlich. Von Ebert zu Hitler verlief die *“sozialdemokratische Katastrophe“*. Die Sozialdemokratie konnte nicht mehr als der Arbeiterbewegung zugehörig betrachtet werden. Aber genau wie die GIK zögerte Pannekoek, die Sozialdemokratie als einen politischen Teil der Bourgeoisie zu betrachten. Dieses Zögern ist sicherlich eine Erklärung für die spätere Unterscheidung zwischen *“alter“* und *“neuer“* Arbeiterbewegung: *“Die Sozialdemokratie ist ein alter abgestorbener Ast des*

Baums der Arbeiterbewegung und dahinter wachsen bislang wenig erkennbar und auch noch von ihr erdzüchte neue Sprossen heran.“ (ebenda).

Aber auch die KPD trug eine große Verantwortung bei der Niederlage des deutschen Proletariats. Es ist kennzeichnend, daß Pannekoek fast die ganze Betonung auf die Übernahme der parlamentarischen und gewerkschaftliche Taktik und die Unterwerfung unter den russischen Staatskapitalismus bei der Erklärung der Ursache des Scheiterns der KPD 1933 legte. Pannekoek stellte den "Fanatismus der KPD" an den Pranger, aber er ließ damit die entscheidende Bedeutung außer Acht, die die Theorie des "Sozialfaschismus" und der "deutschen nationalen Befreiung" Ende der 20er Jahre gehabt hatten, die zu einer gemeinsamen Front mit den Nazis in den Streiks geführt hatte. Ohne die wirklichen Ursachen der Niederlage zu vertiefen, stellte er fest, daß die Kommunisten, die in die KZs gesteckt worden waren, zu "Opfern einer falschen Politik der KPD geworden waren, die nur zu einer Machtlosigkeit der deutschen Arbeiterklasse geführt hat". (ebenda).

– Die Autonomie des Proletariats

Das Mittel zur Überwindung der Niederlage lag keinesfalls in einem Wirtschaftsboykott Deutschlands, so wie es die holländischen Anarchosyndikalisten vorschlugen (61).

Mit dieser Losung hätten die Arbeiter die Niederlage nur verstärkt, weil der Nationalismus dadurch einen Auftrieb erhalten hätte. Ein neuer 4. August 1914 und ein neuer Krieg würden die notwendige Folge sein, ungeachtet der Tatsache, daß dies "alles unter dem Deckmantel holder humanitärer Ziele" präsentiert wurde. "All das kann nur zu einem Ergebnis führen: in Deutschland wird der Nationalismus gestärkt und der Kampf für die kommunistische Aufklärung geschwächt. Daraus kann nur ein zweites 1914 hervorgehen, sobald die Arbeiter in den kriegsführenden Ländern sich den Kriegs- und imperialistischen Zielen ihrer eigenen Bourgeoisie unterwerfen und diese jeweils unterstützen." (ebenda).

Der einzige Weg der Arbeiterklasse, um gegen die Nazis anzukämpfen, bestand darin, daß das deutsche und internationale Proletariat auf seinem eigenen Klassenboden kämpft: "Der Kampf gegen den Nationalsozialismus ist der Kampf gegen das deutsche Großkapital. Nur die deutsche Arbeiterklasse kann diesen Kampf führen. Hitler kann nur durch die deutschen Arbeiter besiegt werden... Können damit die Arbeiter der anderen Länder Westeuropas und auch Amerikas nichts anderes tun, um ihren Klassenbrüdern in Deutschland zu helfen, die vor so einer schweren Herausforderung steizen und unterdrückt sind. Sicherlich doch. An erster Stelle; indem sie einen klaren und energischen Kampf gegen ihre eigene Bourgeoisie führen. Jedes Beispiel eines energischen Arbeiterkampfes in einem Land wird eine anregende und aufklärende Wirkung auf die Arbeiter in den anderen Ländern haben." (ebenda).

– Die Perspektiven der Arbeiterbewegung

Pannekoek und die GIK schätzten die Zukunft der revolutionären Bewegung in Deutschland mit einem gewissen Optimismus ein. Sie gingen davon aus, daß die "geistige Kraft" der alten Arbeiterbewegung "ausgelöscht" worden war, unterschätzten aber damit ihr ideologisches Gewicht, auch wenn diese nur im Untergrund agieren könnte. Sie meinten, "neue junge Kräfte" würden auftauchen und in der Literatur der KAU, der KAPD, "Der rote Kämpfer" die Quelle ihrer Aufklärung und geistigen Erstellung finden. Aber diese Hoffnung sollte schnell enttäuscht werden. Ohne dies weiter auszuarbeiten, meinte Pannekoek, daß der Kommunismus "auf vollständig neuen Grundlagen aufgebaut werden müsse". Dies bedeutete, daß es keine Kontinuität in der Geschichte der Arbeiterbewegung mittels der linken Fraktionen mehr geben würde. Alles mußte irgendwie wieder bei Null anfangen. Diese Methode, die sich gänzlich von der der Italienischen Kommunistischen Linken der damaligen Zeit unterschied (62), war ein Vorläufer der Theorie, die für den Rätekommunismus der "neuen Arbeiterbewegung" fatale Auswirkungen haben sollte.

b) Der "Fall" Van Der Lubbe

Mehr noch als die Übernahme der Macht durch Hitler zog die Debatte über die Bedeutung des Reichstagsbrandes, und die Rolle Van der Lubbes innerhalb der Rätekommunisten die Aufmerksamkeit auf sich. Die holländischen Rätekommunisten waren zutiefst über die Frage der "exemplarischen Handlungen" gespalten und auch über die Aktionen individueller Gewalt gegen die Symbole der bürgerlichen Ordnung.

Marinus Van der Lubbe war ein junger Arbeiter aus Leiden gewesen, der bis 1931 der holländischen KP angehört hatte. Da er zu einer antiparlamentarischen Auffassung gelangt war, war er aus der KPN ausgetreten. Als ein sehr aktives Mitglied in der Bewegung der Arbeitslosen und bei all den Arbeiterstreiks, die in den verschiedenen Städten ausgebrochen waren, hatte sich Van der Lubbe der Sache der Arbeiter und der Revolution sehr aufopferungsvoll gewidmet. Nach einem Arbeitsunfall, der langfristig zur Erblindung führen sollte, hatte er seine ganze Energie ausschließlich in die Aktivitäten der Bewegung gesteckt.

Mit der L.A.O. Sirachs hatte er Kontakt aufgenommen, an deren Propagandaarbeit er sich beteiligte. Die Kontakte mit der GIK in Leiden (63) waren hauptsächlich persönlicher Art, denn niemals war Van der Lubbe Mitglied der GIK, obgleich er mit ihren Positionen sympathisierte.

Nach mehreren Reisen nach Deutschland und Europa entschloß sich Van der Lubbe im Februar 1933 nach

Berlin zu fahren, kurze Zeit nachdem Hitler zum Kanzler nominiert worden war. Wahrscheinlich hatte er keinen politischen Kontakt mit den deutschen Rätekommunisten.

Seine Entscheidung, den Reichstag anzuzünden, war vielleicht eine persönliche Handlung (64), die auf dem naiven Glauben beruhte, daß diese *“exemplarische Handlung das deutsche Proletariat wachrütteln und in Bewegung setzen würde”*, weil er persönlich verzweifelt war, da er in Kürze erblinden sollte. Aber diese persönliche Verzweiflung spiegelte vor allem eine wachsende politische Verzweiflung in großen Reihen der Arbeiterklasse der damaligen Zeit wider.

Wir wissen, was nachher mit Van der Lubbe geschah. Nachdem er vor einem nationalsozialistischen “Gericht” erscheinen mußte, wurde er zum Tode verurteilt und am 10. Januar 1934 erschossen. Er wurde damit ein Opfer des Naziterrors, dieses bürgerlichen Terrors, der von Ebert bis hin zu Hitler so vielen Arbeitern das Leben gekostet hatte. Aber das Schlimmste war, daß Van der Lubbe von den Stalinisten durch den Dreck gezogen wurde, die ihn beschuldigten, als Geheimagent der Nazis gehandelt zu haben. Die Stalinisten führten eine große Verleumdungskampagne gegen ihn durch (65). Seine Henker waren die Nazis und die Stalinisten, die ebenfalls seinen Kopf forderten. Dimitrov, der übrigens freigesprochen und zu einem der Hauptführer der stalinistischen Komintern wurde, äußerte sich während des Prozesses und verlangte die Verurteilung Van der Lubbes: *“Ich fordere deshalb, daß Van der Lubbe als jemand verurteilt wie der gegen das Proletariat gehandelt hat.”* (L’Humanité, Organ der KPF, Paris, 17. Dez. 1933).

In den Niederlanden entfaltete die KPN – deren aktives Mitglied Van der Lubbe gewesen war – ebenfalls eine Verleumdungskampagne. Sie verbreitete ebenfalls Lügen, die in dem *Schwarzbuch* veröffentlicht wurden, das der Münzenberg-Trust mit der Zustimmung der “Demokraten”, u.a. einem engl. Lord herausgab. Münzenberg war der große Finanzchef der Komintern. Um Van der Lubbe zu verteidigen, veröffentlichten die Rätekommunisten einen Text, der die Anschuldigungen, die gegen Van der Lubbe erhoben worden waren, Punkt für Punkt widerlegte, wobei zahlreiche Zeugenaussagen mit eingebracht wurden (66). Ein Komitee Van der Lubbe wurde gebildet, dem ein ehemaliges Mitglied der früheren KAPN, Lopez-Cardozo, ein Mitglied der GIK, der Psychiater Lieuwe Hornstra und ein proletarischer Schriftsteller Maurits Dekker angehörten. Dieses Komitee war in mehreren Ländern, darunter Frankreich, aktiv gewesen (67). Es handelte sich um ein Bündnis aus Persönlichkeiten und Gruppen, die sich wenig vom Anarchismus abhoben, denn diese arbeiteten auch am Komitee mit (68).

Die Bildung dieses Komitees konnte aber nicht verhindern, daß eine Debatte unter den holländischen Rätekommunisten über die Bedeutung der “persönlichen Handlungen” und den Terrorismus im allgemeinen entstand. Auf der einen Seite standen diejenigen, die diese als “proletarische Aktionen” einschätzten, und auf der anderen Seite diejenigen, die aus Prinzip jede terroristische Aktion verwarfen.

Die erste Tendenz, die von den deutschen Rätekommunisten (69) verworfen wurde, weil sie “nicht mit den Wölfen heulen wolken”, aber auch aufgrund einer politischen Verwirrung wollte einfach nicht hinter der Handlung eine “verzweifelte Aktion” sehen, sondern eine proletarische Methode, die unter anderen Bedingungen das deutsche Proletariat hätte “wachrütteln” und es in den Kampf ziehen können (70). Die Reaktion von Gruppen wie L.A.O. und “De Radencommunist” war in dieser Hinsicht typisch.

“Spartacus”, das Organ der L.A.O., das Van der Lubbe als *“einen unerschrockenen Kämpfer, der bereit war, sich für den Kommunismus zu opfern”* (71) lobte, hatte eine Zwischenposition, die eine widersprüchliche Haltung über die Bedeutung der individuellen terroristischen Aktionen war. Einerseits behauptete die LAO, *“wir treten nicht für den individuellen Terror als ein Mittel des Kampfes der Arbeiterklasse ein.* Andererseits meinte sie implizit *“das heißt nicht daß wir unterschiedslos jede individuelle Aktion verwerfen...”* (ebenda).

Schließlich ging LAO dazu über, die Position zu vertreten, daß eine individuelle terroristische Aktion die Arbeitermassen zur Handlung treiben könnte. *“Die Geste Van der Lubbes hätte das Signal für einen allgemeinen Arbeiterwiderstand sein können, der über die Köpfe der Bonzen der Sozialistischen und Kommunistischen Partei hinweggegangen wäre.”* (ebenda).

Die Position der Gruppe „De Radencommunist“ war praktisch die gleiche. Sie leugnete, daß die Handlung Van der Lubbes praktisch eine Verzweiflungsaktion gewesen war, die eine tiefgreifende Orientierungslosigkeit innerhalb der Arbeiterklasse zum Ausdruck brachte: *“Deshalb darf diese Handlung nicht als eine individuelle Handlung gesehen werden, sondern eher als ein Funke, der in dieser sehr gespannten Situation die Explosion herbeiführen konnte.”* (72).

So leugneten die Gruppen das, was geschichtlich zu einer Tatsache geworden war: Eine terroristische Aktion, unabhängig davon, ob sie von einer Einzelperson durchgeführt wurde oder nicht, konnte von der herrschenden Klasse dazu benutzt werden, um die Herrschaft über und die Unterdrückung der Arbeiterklasse zu verschlimmern. Ihre Position stand schließlich der der Sozialrevolutionäre von 1917 in Rußland nahe.

Die zweite Tendenz verwarf deutlich den Einsatz von individuellen Handlungen und terroristischen Methoden im Klassenkampf. Dies war die Haltung der Gruppe “De Arbeidersraad”, die aus der KAPN und der GIK hervorgegangen war. Aber die Gründe für diese Haltung waren ganz unterschiedliche. Aus der Sicht “De Arbeidersraad” –er hatte während des Leipziger Prozesses behauptet, daß Van der Lubbe Mitglied der

KAPN war – kam es mehr darauf an, die Person Van der Lubbes zu verwerfen, als eine klassische Position der marxistischen Bewegung zu verteidigen: *“daß die Triebkraft der Arbeiterrevolution niemals der individuelle Terrorismus oder der Putschismus war, sondern die von der Krise des Kapitalismus selbst hervorgebrachte Situation“* (73). Aber indem sie andererseits stark die Tatsache hervorhob, daß *“niemand je zuvor von Van der Lubbe gehört hatte“*, und gleichzeitig seine Handlung eine *“konterrevolutionäre Wirkung haben könnte“*, verweigerte sie offensichtlich jede grundlegende Solidarität gegenüber ihm als ein Opfer der Repression.

Diese unklare Haltung war eine Ankündigung für eine spätere politische Entwicklung, die einige ihrer Mitglieder zum Trotzismus und schließlich zur kommunistischen Partei treiben ließ (74).

Die Haltung der GIK war viel eindeutiger. Während man einerseits Solidarität mit Van der Lubbe als dem Opfer der Nazis und des Stalinismus bekundete, unterstrich man, daß der junge holländische Arbeiter mit *“Sicherheit den Tod durch eine solche Handlung gesucht hatte“*, aber daß *“niemand das Recht hat, ihm das vorzuwerfen“* (75). Nachdem diese Solidarität deutlich zum Ausdruck gebracht worden war, erinnerte die GIK an die Position der Deutschen Kommunistischen Linken in den 20er Jahren:

“Die Aufgabe einer wirklich revolutionären Gruppe kann nur darin bestehen, die Arbeiterklasse zu stärken, indem man eine klare Auffassung über die gesellschaftlichen Verhältnisse: die Organisations- und taktischen Fragen vermittelt. Unsere Auffassung besteht nicht darin, die Massen in Bewegung zu setzen. Dies kann nur das Ergebnis der gesellschaftlichen Verhältnisse selbst sein. Unsere Aufgabe besteht nur darin, der in Bewegung geratenen Masse den richtigen Weg zu zeigen.“ (Flugblatt der GIK in Spartacus Nr. 19, 9. März 1933).

In einem Artikel der PIC (76) versuchte Pannekoek auf einer grundsätzlicheren Ebene aufzuzeigen, daß jede persönliche Handlung, wie die Van der Lubbes nur das Klassenbewußtsein trüben könnte. Persönliche Handlungen *“hätten nur einen Sinn als ein Teil einer Massenbewegung“*.

“In diesem Rahmen kann der größte Wagemut in den mutigsten persönlichen Handlungen zum Ausdruck kommen, während das klare Bewußtsein der Anderen diese Handlungen hin zum entsprechenden Ziel führt, um nicht die Früchte dieser Handlungen zu verlieren“ (ebenda). Losgelöst von der Massenaktion schwächt jede einzelne Handlung die Bourgeoisie überhaupt nicht, sondern verstärkt nur deren Position. Dies war im Reichstagsbrand der Fall:

“Die Bourgeoisie ist nicht im geringsten durch den Reichstagsbrand erschüttert worden. Ihre Herrschaft wurde keinesfalls geschwächt. Für die Regierung war dies im Gegenteil eine Gelegenheit ihren Terror gegen die Arbeiterbewegung zu verschärfen.“ (PIC, Nr. 7, März 1933).

Auf der ideologischen Ebene hatte solch eine Handlung überhaupt keinen Sinn; weder dem Wahlzirkus noch der bürgerlichen Demokratie zog sie den Boden unter den Füßen weg. Die demokratischen Illusionen mögen immer einen anderen Weg einschlagen, z.B. durch die Aufhebung des *“Wahlrechts“*, dann wird von der *“demokratischen Bourgeoisie“* die Verschleierung der *“Herstellung der wirklichen Demokratie vorgeschoben“*. Geschichtlich gesehen haben einzelne terroristische Handlungen keine, den Klassenkampf mobilisierende Wirkungen. Einzelne terroristische Handlungen gehören als solche der Geschichte an, nämlich der bürgerlichen Romantik des 19. Jahrhunderts, als einige Führer meinten, *“passive Massen durch eine Funkenwirkung der sozialen Explosion in Bewegung setzen zu können. Im Gegenteil, die proletarische Revolution kann nicht mit der Explosion eines Pulverfassers verglichen werden“*.

Terroristische Aktionen trüben nur das Bewußtsein der Arbeiter, sie drängen die Arbeiter in die Passivität. Die Aktivität der Massen wird durch individuelle Aktionen ersetzt. Deswegen sind ihre Auswirkungen ausschließlich negativ:

“Selbst wenn soll eine Handlung tatsächlich die Bourgeoisie treffen und schwächen würde, bestünde die einzige Folge für die Arbeiterklasse darin, daß die Arbeiter die Auffassung entwickelten, nur solche einzelne persönliche Handlungen könnten sie befreien... Dies würde sie von der selbständigen Aktion als Klasse weggleiten“ (ebenda).

Deshalb mußte die proletarische Bewegung alle terroristischen Handlungsformen verwerfen, die nichts anderes waren als Überreste des Nihilismus aus dem Ende des 19. Jahrhunderts. So zeigten die GIK und Pannekoek deutlich auf, daß die Zukunft der revolutionären Bewegung nur in der Massenaktion zu finden war. Diese Auffassung wurde von einigen Teilen der rätekommunistischen Bewegung in den Niederlanden nicht immer verstanden (77). Aber die GIK konnte die Periode der Konterrevolution nach 1933 mit einer klaren Orientierung einschätzen.

Nach Februar 1933 übernahm die GIK praktisch die Führung der internationalen rätekommunistischen Bewegung. Die deutschen Gruppen waren in den Untergrund gedrängt worden und sie übertrugen der GIK die internationale Zeitung *Proletarier* in Amsterdam (78) als einen Ausdruck der ganzen Bewegung herauszubringen. Allerdings erschien nur eine Nummer. Dem *Proletarier* folgte von 1934 bis 1937 die

theoretische Zeitschrift *Rätekorrespondenz*, auch wieder auf deutsch.

In den 30er Jahren war sie eines der wenigen Organe – wie *Bilan* von der „Italienischen Linke“ und *International Council Correspondence* in den USA –, die versuchten, eine Bilanz der langen Nacht der Konterrevolution zu ziehen, die über die gesamte Arbeiter- und revolutionäre Bewegung hereingebrochen war.